

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erstausgabe am Donnerstag, am Sonntag als Feiertag. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land wie durch die Post bei freier Zahlung monatlich M. 25.00, bei den Postgebühren abgesehen M. 26.00 monatlich. Die abgelaufene Fingerring-Millimeter-Zeile kostet im Ortsvertrieb M. 2.50, im auswärtigen Vertriebe M. 3.00. Reflektoren der Millimeter-Zeile M. 2.00 im Ortsvertrieb und M. 10.00 im auswärtigen Vertriebe. Anzeigen-Schluss: jeden Uhr vormitags.

Verlags-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Poststraße 17. Fernsprecher-Gesamtnummer: 1140 und 1142. Geschäfts-Telefon: Markt 2a. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halleische Zeitung“. Verantwortlich: Hans-Joachim Reichel. Halle a. S., Postfach-Nr. 22515. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle a. S. Die Belegabgaben sind nur bei dem 30. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats zulässig.

Englands Bemühungen zum Ausgleich.

Annahme der Bedingungen des Garantiekomitees / Bürgerkrieg in Italien Französische Nachhuth / Austritte aus der Deutschnationalen Volkspartei

Die Vorschläge des Garantiekomitees.

Weitens Entgegenkommen der deutschen Regierung?

Die Reichsregierung teilt bekanntlich mit, daß sie mit dem inzwischen nach Paris zurückgekehrten Garantiekomitee sich über Vorschläge zur Prüfung der deutschen Finanzen geeinigt habe. Es seien die drei grundsätzlichen Bedingungen der Regierung anerkannt worden, daß die Finanzkontrolle die Souveränität des Deutschen Reiches nicht antaste, in den laufenden Gang der Verwaltung nicht eingreifen und in das Steuergeheimnis des Einzelnen nicht eindringen dürfe. Wie weit diese Behauptung der Regierung zutrifft, wird man erst nachprüfen können, wenn der Vorschlag der Finanzkontrolle den Geist, die Sachlage und die finanziellen Gegebenheiten zu derselben Zeit zugehörig zu machen, in der sie den zentralen parlamentarischen Körper des Reiches, dem Reichstag, dem Reichspräsidenten und dem Reichspräsidenten gegenüber steht, in der sie den zentralen parlamentarischen Körper des Reiches, dem Reichspräsidenten und dem Reichspräsidenten gegenüber steht, in der sie den zentralen parlamentarischen Körper des Reiches, dem Reichspräsidenten und dem Reichspräsidenten gegenüber steht.

Regierung hervorgehen sollte, die allerhöchste Reaktion an. Die Sozialisten, bei denen die Entscheidung liegt, arbeiten für die Linksregierung. Im Vorbergrunde aller Kandidaten steht der Name Orlando.

Generalfreitag in Piemont.

Mailand, 20. Juli. Die Ministerkrise hat die Spannung zwischen Sozialisten und Sozialisten so vergrößert, daß z. B. wieder in Oberitalien der Ausbruch eines Bürgerkrieges befürchtet wird. Bei einem blutigen Zusammenstoß in Novarra, wo ein Sozialist von den Sozialisten getötet wurde, wurde den Sozialisten dafür von den Sozialisten die Arbeitssammer in Brand gesetzt. Weitere blutige Zwischenfälle in Genova, Florenz, Brescia, Perugia usw. lösen zunächst einen Proteststreik der Arbeiter in Novarra, Turin und Alexandria aus. Am Mittwoch proklamierte jedoch die Arbeitssammer von Turin den Generalfreitag für die ganze Provinz Piemont, deren Beispiel die Arbeitssammer von Mailand heute folgte und für Mailand und die ganze Provinz den Generalfreitag anordnete. Nur in lebenswichtigen Betrieben darf gearbeitet werden. Die Sozialisten haben in Mailand den heute früh ausgebrochenen Streik mit der Mobilisierung aller ihrer Mannschaften beantwortet. Die wichtigsten Gebiete wurden militärisch besetzt.

Korant in Aöten.

Der polnische Staatschef Pilsudski hat Korant, als er ihm die Lippe seines Kabinetts vorlegte, erklärt, er könne mit ihm zusammen nicht arbeiten. Unter Hinweis auf seine schriftliche Erklärung gegen Korant veranlaßt haben, steht das neue Kabinett vor Schwierigkeiten, die auch Korant trotz seines ungleichen Agitationstalentes und seiner Gewissenhaftigkeit in der Wahl der Mittel nicht so leicht überwinden wird.

Statt Recht wieder einmal Willkür.

Abgabe von Oberzähnen.

Nach dem jetzt ergangenen Schiedspruch muß Deutschland auf Grund des Artikels 339 des Versailler Vertrages sowohl an die Tschechoslowakei wie an Polen Kahrbaum, Schieferport und einen Viehwech in Küstern abtreten. Der Schiedspruch muß Verbrechen erzeugen, weil die schiffbare Oder ganz aus deutschem Gebiete verläuft. Alle Proteste der deutschen Regierung sind aber natürlich vergeblich gewesen.

Schlusssitzung in Haag.

Haag, 20. Juli. Die Haager Konferenz wurde heute nachmittags gegen 5 Uhr geschlossen. In der Schlußsitzung wurden die Berichte der Unterkommission und der allgemeine Bericht genehmigt. Ferner wurde auf Vorschlag von Belgien eine Entschließung einstimmig angenommen, nach der die Konferenz den auf der Konferenz vertretenen Regierungen empfiehlt, ihren Staatsangehörigen bei dem Verlaufe nicht behilflich zu sein, Eigentum in Holland zu erwerben, das anderen fremden Staatsangehörigen gehört hat und nach dem November 1917 ohne Zustimmung der früheren Eigentümer oder Konfessionäre beschlagnahmt worden ist. Vorausgesetzt wird, daß die gleiche Empfehlung von den auf der Haager Konferenz vertretenen Regierungen an die dort nicht vertretenen Regierungen gerichtet wird.

Deutscher Protest im Saarpalament.

Die deutschen Abgeordneten haben im Saarpalament einen großen Erfolg errungen. Sie haben durchgesetzt, daß sie ihre Erklärungen, deren Verlesung ihnen ursprünglich verweigert worden war, doch haben verlesen können. Alle diese Erklärungen mit Einschluß derjenigen der Kommunisten erhielten laute Proteste gegen die Regierung und namentlich gegen Herrn Hector. Nur der Abg. Schmal von der Haus- und Grundbesitzerpartei sprach parlamentarisch und verständig.

Junentrie in Braunschweig.

In Braunschweig haben sich die Verhältnisse der Reichskrie im Meinen wiederholt. Mehrheitssozialisten und Unabhängige haben eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die Demokraten haben erklärt, daß sie den Eintritt der Unabhängigen ins Kabinett nur zustimmen würden, wenn die Volkspartei in ihm verbliebe. Da die Verhandlungen fortgesetzt, ist die Ministerkrise verkommen worden.

Die Deutschösterreichischen und die deutschnationalen Partei.

Die Deutschösterreichischen haben, wie mitgeteilt, den durch ihren Beharrlichkeit gegen Rathenau fast verlorenen Abg. Heming in den Ausschuss einer Kampfkommision gegeben. Ihre Welle kündigt daher bereits jetzt der Partei den Krieg an. Falls die Deutschösterreichischen nicht in der Zukunft große Wahlerfolge zu verzeichnen, noch in irgendeiner Form nachgeben, ist daher anzunehmen, daß noch andere wichtige Ereignisse, namentlich Walle und v. Graefe, der Partei den Rücken kehren werden.

Heutiger Stand des Dollars 484!

Reichstagsverlagung.

Politischer Rückblick von Abg. Debus.

Nach einer langen Sitzungsbauer ist der Reichstag in die Sommerferien gegangen. Fast schien es, als ob noch in den letzten Tagen der angelaufene Jubelsturm über die Einberufung kommen würde. Das Gespenst der Reichstagsauflösung spukte in vielen Köpfen. Selbst aber diejenigen, die sich in der Reichstagsauflösung das Mittelmittel aus den verfahrenen Umständen versprochen, konnten sich doch der schweren Gefahren, die eine solche Auflösung im Gefolge hat, nicht verschließen. Letzten Endes waren die Einwirkungen des Reichspräsidenten und Reichstagsleiters doch von so starkem Einfluß auf die sozialistischen Parteien, daß sie von ihrem Vorhaben abgesehen sind. Viel dazu beigetragen hat auch die starke Haltung der Demokraten und der Zentrumspartei, die zwar immer erklärten, daß sie eine Reichstagsauflösung für ein großes Unglück aus innen- und außenpolitischen Gründen halten würden, aber doch nicht gelassen waren, dem Druck der Mehrheitssozialisten nachzugeben. Die Erklärung, daß jede Mittelpartei, wenn es nicht anders sein könne, auf einen Wahlkampf nicht eingehen würde, wirkte bei den Sozialisten im sozialistischen Lager ermutigend. Im Interesse des deutschen Volkes ist es zu begrüßen, daß man über die Krisis vorläufig hinausgekommen ist. Die Folgen einer Reichstagsauflösung wären nicht auszubedenken gewesen und jeder vernünftige Mensch mußte sie, so weit es irgend anging, zu vermeiden suchen. Ohne Ueberhebung kann die demokratische Reichstagsfraktion von sich behaupten, daß sie an dem befriedigenden Ausgang ein erhebliches Verdienst hat. Was im Herbst d. J. weiter geschehen wird, darüber sollte man sich jetzt den Kopf nicht zerbrechen. Die Sommerpause von mehreren Monaten wird eine gewisse Klärung herbeiführen, die Parteitage der einzelnen Parteien werden sich überflüssig bemühen, eine Lösung der Krise zu finden und insoweit wird vielleicht auch eine Annäherung unter den Parteien stattfinden.

Ein sehr reichhaltiges Arbeitsprogramm hat der Reichstag publiziert worden mit einer großen Mehrheit gefaßt. Die Annahme der Schutzgesetze hat im Innern fester als in den Kreisen, die der Republik jetzt noch etwas ablehnend gegenüber standen, die Ueberzeugung hervorgerufen, daß im Deutschen Reichstags eine große Mehrheit für den Bestand der Republik vorhanden ist. Es bleibt erüffelt, feststellen zu können, daß die Deutsche Volkspartei, die in diesen Dingen stets immer sehr schwankend war, doch den Gesetzen zum Schutze der Republik in ihrer großen Mehrheit zugestimmt hat. Gerade diese Haltung wird höchst wichtig für die Zukunft nicht ohne Bedeutung sein. Besser wäre es freilich gewesen, die Volkspartei hätte ebenso einmütig den beiden anderen Gesetzen ihre Zustimmung erteilt. Weil sie das nicht tat, sind natürlich Zweifel an ihrer Stellungnahme gegenüber der Republik berechtigt. Sie wird durch ihr Verhalten zeigen müssen, daß sie befehrt ist, alles zu tun, um die republikanische Staatsform zu festigen. Die demokratische Fraktion hat sich von vornherein, wie das bei einer republikanisch-demokratischen Partei selbstverständlich ist, auf den Boden der drei Schutzgesetze gestellt. Ihrer Arbeit ist es in erster Linie zu danken gewesen, daß den Gesetzen der Charakter der Ausnahmegesetze genommen ist. Zudem die Fraktion immer wieder betonte, daß der oberste Grundgedanke der Demokratie die Gerechtigkeit sein müsse, so tat sie doch alles, um dem neuen Staat diejenigen Maßnahmen in die Hand zu geben, die zur Verteidigung seiner Existenz notwendig sind. Die Gesetze sind jetzt nicht einseitig gegen eine bestimmte politische Richtung gehalten, sondern sie dienen als Abwehrmaßnahmen gegen alle, die den Bestand der Republik bedrohen. Die Bevölkerung, die durch die Agitation der radikalen Kräfte aufgehetzt ist, wird bei einer loyalen Handhabung der Gesetze sehr bald einsehen, daß alle friedliebenden Elemente die Writungen des Gesetzes nicht zu fürchten haben. Gegen alle diejenigen, die gegen die Republik arbeiten, werden die Gesetze mit äußerster Strenge zur Anwendung gebracht werden. Das ist im Interesse unserer künftigen Entwicklung dringend notwendig.

Weniger stark als das Gesetz zum Schutze der Republik wurde das Gesetz über die Pflichten der Beamten der Reichsregierung zum Schutze des Staates in der Öffentlichkeit angenommen. Im Parlament selbst führten die Vorlage der Regierung, indem sie die Beamten verurteilten, daß hier die wohlverordneten Rechte der Beamten verletzt würden, denn auch nach der Reichsverfassung sei den Beamten die völlige politische Meinungsfreiheit zugehört. Ein Gesetz, wie das vorliegende, war notwendig, wenn nicht durch gewisse Beamtenkreise der republikanisch-demokratische Staat sabotiert werden sollte. Ohne eine Einschränkung der Verwaltung für den neuen Staatsgebanten ist der Staatsaufbau gefährdet. Die Beamten, die als Angestellte des republikanischen Staates in strenger Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber diesem Staate arbeiten, haben das Gesetz nicht zu fürchten. Ihnen gegenüber wird keinerlei Gleichmässigkeit ausgeübt werden. Im Gesetz wird nur das unter Strafe gestellt, was als eine vorläufige Schädigung der Staatsform betrachtet werden kann. Von demokratischer Seite sind alle Sicherungen, die noch notwendig waren, beantragt worden und zum erheblichen Teile auch zur Annahme gelangt.

Man sieht aus diesen Verlautbarungen bereits, daß die Regierung den Anforderungen des Garantiekomitees, an der Ordnung des Reiches ein großes Interesse hat. Sie hat es wohl getan, weil sie in einem Augenblick, da sie dringend ein Verbot einer äußeren Anleihe verlangte, nicht einen neuen Einfluß in ihre Finanzangelegenheiten verweigern konnte. Inzwischen bleibt der Vereinbarung abzuwarten, ob ein einmütiges Urteil gefällt werden kann.

Ausicht auf Verständigung?

Kabinettsitzung in London.

London, 20. Juli. Heute früh fand eine Kabinettsitzung statt, der entscheidende Bedeutung für eine Wendung in der Separationsfrage beigemessen wird. Lord George betrautet das Moratorium nur als eine vorübergehende Erleichterung und drängt auf eine Anleihe für Deutschland. Zugleich verläutet, daß England eine Herabsetzung seiner Ausgaben bei den Militären anbietet. Man erwartet, daß bei der baldigen Zusammenkunft mit Poincaré eine bedeutende Verminderung der deutschen Schuld erreicht werden wird. Im ganzen werden die deutschen Ausicht auf Verständigung als weitaus gebessert bezeichnet. Sollte jedoch eine Einigung mit Frankreich nicht erzielt werden, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die englische Regierung in glänzender Verhandlungen mit Deutschland eintritt.

Die tschischen Franzosen.

10 Millionen Unterschriften!

Die französische Liga „Souverain-nous“ (erinnert Euch) hat Poincaré eine mit 10 Millionen Unterschriften versehene Adresse überreicht, in der die Wurzeln der „Kriegsverbrechen“ verurteilt werden. Poincaré hat sich diese Gelegenheit zur Deutlichkeit nicht entgehen lassen. Er erklärte, daß nach der Parodie der Prozesse von Leipzig die französische Regierung die Angeklagten in contumaciam werden aburteilen lassen, aber ehe die Straurteilen nicht ausgesprochen seien, könne die Kritik zur Klärung der Verhältnisse beitragen. Die Bürgerkriegsbauer in tschischer Form fort. Gewisse Kräfte haben im Generalfreitag in Rom haben die Kommunisten eine sogenannte „Mehrwortform“ gegründet. Geheimorganisationen sprechen offen von ihren Erfolgen. Dazu kommt die düstere Finanzlage und die Ziellosigkeit der in London geführten Außenpolitik. Mussolinis Ränke für den Fall, daß aus dem Chaos eine antichristliche

Die Regierungskrise in Italien.

Rom, 21. Juli. Das Kabinett Facta gestürzt. Nicht eine einzige Gruppe unterlieh sich dem Kabinett. Die Sozialisten stimmten aus taktischen Gründen gegen die Regierung. Die Krise fällt in eine dunkle Stunde. Es handelt sich, wie „Il Mondo“ ausführt, nicht bloß um einen Regierungswechsel, sondern die ganze Bestreife habe den Kabinettspunkt erreicht. Der Bürgerkriegsbauer in tschischer Form fort. Gewisse Kräfte haben im Generalfreitag in Rom haben die Kommunisten eine sogenannte „Mehrwortform“ gegründet. Geheimorganisationen sprechen offen von ihren Erfolgen. Dazu kommt die düstere Finanzlage und die Ziellosigkeit der in London geführten Außenpolitik. Mussolinis Ränke für den Fall, daß aus dem Chaos eine antichristliche

